

Willy-Brandt-Platz

Informationen der SPD-Ratsfraktion Bochum im Juli 2016

Wohnungsbau: 3000 bis 2022



3000 neue Wohnungen bis 2022 — das ist das Ziel, das die SPD für den Wohnungsbau setzt. Erstmals lege die SPD damit eine klare Orientierungsmarke fest, hebt Fraktionsvorsitzender Dr. Peter Reinirkens hervor.

Das war jetzt auch notwendig. Die Bochumer Verwaltung arbeitet noch mit verschiedenen Zahlen und hat sich deshalb zuletzt damit beauftragen lassen, erstmal ein „Handlungskonzept Wohnen“ zu erstellen.

Doch weder der Oberbürgermeister noch die SPD-Fraktion wollen abwarten. OB Thomas Eiskirch hat im Frühjahr Investoren, Baugenossenschaften, Architekten und NRW-Bauminister Michael Groschek zusammengebracht. Ziel war hier unter anderem, über die bestehenden Förderwege zu sprechen. „Wir müssen jetzt noch mal einen Gang

zulegen“, so Peter Reinirkens mit Blick auf Bebauungsplanverfahren, Baugenehmigungen und die Entwicklung von städtischen Grundstücken.

„Wenn wir dann in ein bis zwei Jahren das Handlungskonzept haben, werden wir wenn nötig nachsteuern“, sagt Peter Reinirkens. Er selbst geht derzeit nicht

davon aus, dass der Bedarf an neuen Wohnungen unter 3000 liegen wird, sondern eher darüber.

Großen Wert legt der Fraktionsvorsitzende bei den neuen Projekten auf eine integrierte Stadtentwicklung. Für die SPD bedeutet das nach seinen Worten: Neue Wohnungen sollen keine neuen sozialen Probleme schaffen. Neue Wohnungen müssen sich einfügen ins Umfeld. Neue Wohnungen müssen bezahlbar sein. „Wir haben da ganz klar die Menschen mit ganz normalen Einkommen im Blick“, so Peter Reinirkens.

Die SPD-Fraktion setzt auf die halbstädtische VBW und die Baugenossenschaften. Aber auch die großen Wohnungsgesellschaften erkennen immer mehr den Wert einer soliden Quartiersentwicklung, hofft Peter Reinirkens.

Bogestra ab und zu unpünktlich

Drei Viertel aller Fahrgäste sind zufrieden mit der Bogestra, jedenfalls was die Pünktlichkeit angeht. Das ergab die regelmäßige Befragung, die die Bogestra für ihren Qualitätsbericht durchführt. „Das Ergebnis ist ja schon mal nicht schlecht“, merkt dazu die Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Mobilität Martina Schnell an.



Martina Schnell ist Vorsitzende des Mobilitäts-Ausschusses, der sich im Herbst mit dem überarbeiteten Nahverkehrsplan beschäftigen wird.

Allerdings liege die Bogestra 2015 damit unter dem Vorjahreswert. Was die Fahrgäste fühlen und beobachten, findet seine Entsprechung auch in den „harten“ Zahlen: Die tatsächlich gemessene Pünktlichkeit ist innerhalb eines Jahres von 89,6 Prozent (2014) auf 81 Prozent gefallen. Baustellen sind dabei herausgerechnet worden.

Martina Schnell will die Entwicklung deshalb im Auge behalten und im Herbst noch einmal aufgreifen: Stadt und Bogestra werden bis dahin den Nahverkehrsplan überarbeiten.

Bei anderen Werten ist die Bogestra recht erfolgreich: Beispielsweise finden 94 Prozent der Fahrgäste das Personal freundlich und hilfsbereit.



Gewerbeflächen

Wo Opel bleibt und wo nicht

Opel wird eine neue Logistikhalle für das Warenverteilzentrum in Langendreer auf der Fläche II bauen. Das ist das Gelände östlich der Hauptstraße. Die Gesellschaft Bochum Perspektive 2022 will jetzt Konzepte für die restlichen Flächen ausarbeiten. Auch das Bahngelände im Süden der Fläche II wird dabei einbezogen. Anfang Juli beschäftigt sich der Ausschuss für Strukturentwicklung mit dem Thema.

Das Foto links zeigt Mitglieder der SPD-Fraktionen aus Rat und Bezirksvertretungen Ende Februar bei der Besichtigung des neuen Gewerbegebietes Mark 51°7 auf den alten Opel-Flächen in Altenbochum und Laer.

Da fehlt noch was

Diese Zahl hat überrascht: 230 Hektar für Gewerbe und Industrie benötigt Bochum in den nächsten 20 Jahren. Afrika, Asien und Alaska, die drei Erlebniswelten im Gelsenkirchener Zoom Erlebnispark, kommen zusammen gerade mal auf 25 Hektar.

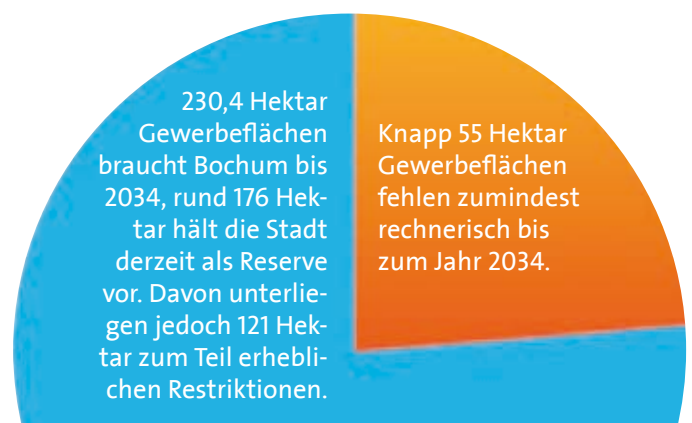
„Wenn wir die Flächen brauchen und das nicht nur zu Lasten von Grünflächen gehen soll, dann mussten wir handeln und einen Rahmen setzen“, so Martina Schmück-Glock. Ihr politisches Handeln ist tatsächlich von Ökonomie und Ökologie geleitet: Martina Schmück-Glock ist Sprecherin der SPD im Ausschuss für Strukturentwicklung und zugleich Vorsitzende des Umweltausschusses. Der Rat hat die Eckwerte inzwischen beschlossen.

Wie viel Platz für Industrie und Gewerbe Bochum braucht, das hat der Regionalverband Ruhrgebiet ermittelt. Ein Viertel davon, rund 55 Hektar, hat Bochum bisher nicht eingeplant. Die großen frei werdenden Flächen etwa von Opel sind dabei schon berücksichtigt. Die nötigen Straßen allerdings noch nicht.

Zum einen sind 20 Jahre eine lange Zeit. Allerdings haben auch die Planungen lange Vorläufe. Jetzt geht es erstmal um den Flächennutzungsplan. Zum anderen kann viel passieren: 3-D-Drucker machen vielleicht einen Teil der Logistik überflüssig, immer mehr Roboter ziehen in die Produktion ein. „Auch das kann sich darauf auswirken, wieviel

Platz die Unternehmen der Zukunft brauchen“, erläutert Martina Schmück-Glock.

Die SPD hat deshalb ein paar Ziele gesetzt: Bevor neue (Grün-) Flächen verplant werden, sollen die bereits heute vorgesehenen Gebiete entwickelt werden. Das kann teilweise eine recht schwierige Aufgabe werden: Altlasten, Bergschäden, Erschließung und Lärmschutz, das sind nur einige Aspekte. Auch könnten mehrere Flächen gegeneinander „aufgerechnet“ werden, so Schmück-Glock. Die Stadtverwaltung arbeitet jetzt – mit Unterstützung von Wirtschaftsförderung, Regionalverband Ruhr und dem Land – an einem intelligenten Gewerbeflächenmanagement. Immer im Blick: Arbeitsplätze.



Werne — Langendreer-Alter Bahnhof: Stadtteile für Generationen!

Stadtteile für Generationen? Was das genau bedeutet, steht in einem über 400 Seiten dicken Buch beziehungsweise einer 52 Megabyte schweren pdf-Datei mit dem Titel „Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept“. Sogar die Abkürzung ISEK hat inzwischen eine gewisse Bekanntheit erreicht.

Laut ISEK also sollen die „Bedürfnisse der Menschen aller Altersgruppen sowie unterschiedlicher Herkunft und Religion an den (Stadt-) Raum“ sowie die „unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern beziehungsweise Jungen und Mädchen berücksichtigt und gefördert“ werden.

Es folgen Vorschläge, was zu tun sei. Dutzende Projekte in fünf Handlungsfeldern, darunter Freiräume & Mobilität oder Einzelhandel & Lokale Ökonomie.

Es ist ein großes Rad, das da gedreht werden soll. Die Ratsmitglieder Reiner Kühlborn und Jonathan Ströttchen haben entsprechend hohe Erwartungen an W-LAB, so die griffige Abkürzung des Bindestrich-Ungetüms „Werne — Langendreer-Alter Bahnhof“. Im Laufe des Sommers, so hofft die Stadtverwaltung, wird W-LAB ins Städtebauförderprogramm aufgenommen. Darüber entscheidet das Land NRW.

Läuft alles wie geplant, kommen im Herbst die ersten Förderbescheide, Anfang 2017 könnte es dann losgehen. Zwei Stadtteilbüros, eins in Werne, eins in Langendreer-Alter Bahnhof sind geplant. Bürgerinnen und Bürger, Vereine



Die Ratsmitglieder Jonathan Ströttchen (Langendreer-Alter Bahnhof) und Reiner Kühlborn aus Werne (v.l., Foto: Dirk Meyer)

oder auch Gewerbetreibende bilden einen Beirat, dessen Ergebnisse unter anderem von den Quartiersmanagern und -managerinnen in den Stadtteilbüros berücksichtigt werden sollen, wie es im ISEK heißt.

W-LAB ist auf acht Jahre angelegt und umfasst Investitionen in Grünflächen, Wohnqualität, in den sozialen Zusammenhalt. Auf rund 54 Mio. Euro könnte sich das bis 2024/25 summieren. Jedenfalls ist das der Betrag, der im Förderantrag stehen wird. Deutlich mehr als die Hälfte erhofft sich die Stadt als Zuschüsse von Bund und Land.



Es wird eine Gesamtschule

Die Gemeinschaftsschule Bochum-Mitte wurde zum Schuljahr 2011/2012 im Rahmen eines Schulversuchs errichtet. Aufgrund landesgesetzlicher Regelungen endet der Schulversuch mit Beginn des Schuljahres 2020/2021. Spätestens dann ist die Gemeinschaftsschule in eine Sekundarschule oder Gesamtschule zu überführen.

Nach intensiver Beratung hat die vom Ausschuss für Schule und Bildung eingerichtete Arbeitsgruppe „Schulentwicklungsplanung Sekundarstufe I / II“ empfohlen, die Gemeinschaftsschule Bochum-Mitte in eine Gesamt-

schule zu überführen. „Entscheidend war der Bedarf an zusätzlichen Gesamtschulplätzen. Der Wunsch vieler Eltern ist eine Schulform, an der ihre Kinder bis zum Abitur bleiben können“, sagt der Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung Ernst Steinbach (Foto li.). Die Zahl der Plätze reicht nicht aus, alle Anmeldewünsche zu erfüllen; im vergangenen Schuljahr erhielten über 150 Schülerinnen und Schüler ein Absage. Der Ausschuss für Schule und Bildung ist der Empfehlung der Arbeitsgruppe gefolgt und hat die Verwaltung Mitte Juni beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten.

1400 Menschen haben 5100 Mängel gemeldet

Schlaglöcher, ungepflegte Hecken, Schrottautos: Jede dritte Mängel-Meldung geht per App oder über die mobile Homepage bei der Stadt Bochum ein.

Das schreibt die Verwaltung in der Beantwortung einer Anfrage der SPD-Ratsfraktion. Für den Sprecher der SPD im Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität Reiner Rogall (Foto unten) hat die App sich damit bewährt, kann aber noch ausgebaut werden.

Auf Anregung der SPD-Fraktion sind deshalb jetzt auch die Bus- und Bahnhofstestellen der Bogestra im Mängel-



Melder. „Entscheidend ist, dass die Mängel beseitigt werden, und in den meisten Fällen passiert das offenbar auch recht zügig. Jedenfalls ist das die Auskunft, die wir von der Verwaltung erhalten. Aber es kommt auch darauf an, dass die Verwaltung davon erfährt. Je einfacher es den Bürgerinnen und Bürgern gemacht wird, Mängel zu melden, umso besser“, so Reiner Rogall. Nicht immer sei außerdem die Stadtverwaltung zuständig. Mehr Kooperationen mit Dritten seien denkbar.

Stadtverwaltung und Bogestra testen in dieser Hinsicht schon mal die Zusammenarbeit: Fahrgäste können jetzt melden, wenn eine Bushaltestelle beschädigt ist oder ein Aufzug nicht funktioniert. Vier von fünf Nutzern und Nutzerinnen geben Namen und E-Mail-Adresse an, davon wollen aber nur etwa 30 Prozent eine Rückmeldung haben, ob die Sache erledigt ist (oder warum nicht). Gestartet ist der Melder im Juli 2014 mit der

Online-Version über die Homepage. Im April 2015 kam die App hinzu, seit August 2015 gibt es auch eine mobile Version der städtischen Homepage.

Derzeit kämen etwa 35 Prozent der Meldungen aus den mobilen Anwendungen. Seit dem Start des Melders vor zwei Jahren haben 1400 Personen etwa 5100 Hinweise gegeben.

Auch die Polizei nutzt den Melder

Auch die Polizei nutzt den Melder, um das Straßenverkehrsamt auf die Standorte von Schrottfahrzeugen aufmerksam zu machen, berichtet die Verwaltung in ihrer Mitteilung.

Dezernent Sebastian Kopietz zuständig für eGovernment

Für die SPD-Fraktion wird das Thema eGovernment immer wichtiger: Welche Ämtergänge können Bürgerinnen und Bürger, aber auch Firmen und andere Behörden künftig elektronisch erledigen? Vom Bürgerkonto ist die Rede, von Offenen Daten und letzten Endes von mehr Transparenz. Bürgerinnen und Bürgern soll es leichter möglich sein nachzuvollziehen, was „ihre“ Verwaltung

da gerade macht. Verantwortlich dafür, eGovernment innerhalb der Verwaltung voranzutreiben, ist seit einigen Wochen Sebastian Kopietz.

Der 32-jährige Dortmunder hat als Dezernent allerdings noch eine ganze Reihe anderer wichtiger Themen und Fachbereiche: Dazu gehören die Feuerwehr und das Rettungswesen, das Ordnungsamt, das Veteri-



näramt und das Rechtsamt. Auch für das Personal der Stadt Bochum ist er zuständig. Sebastian Kopietz

hat die zweite juristische Staatsprüfung abgelegt und war zuletzt bei der Bezirksregierung Arnsberg tätig.

Feuerwehr am Zehn-Minuten-Limit



„Aber die Feuerwehr gerät derzeit an ihr Limit“, so die Einschätzung von Klaus Hemmerling (Foto li.), Sprecher der SPD im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung. Als Gründe nennt er unter anderem Doppelfunktionen und personelle Engpässe, aber auch die Lage der Feuerwachen rückt in den Fokus.

Die Bochumer Feuerwehr ist schnell am Ort des Geschehens. In vier von fünf Fällen schafft die Feuerwehr das im Brandschutz-Bedarfsplan gesetzte Ziel, wonach sie wiederum in 80 Prozent der Fälle unter zehn Minuten vor Ort sein soll.

Die SPD-Fraktion ist dabei mit dem Personalrat ebenso wie mit dem Ordnungsdezernenten im Gespräch. Lösungsvorschläge erwartet Hemmerling spätestens, wenn Ende des Jahres über den neuen Brandschutzbedarfsplan gesprochen wird.



Seniorenbüros: Die sechs Seniorenbüros verbessern nachhaltig die Lebenssituation älterer Menschen.

Zu diesem Ergebnis kommt die Stadt in einem aktuellen Sachstandsbericht an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Gaby Schäfer (Foto), Sprecherin der SPD im Sozialausschuss, hebt in diesem Zusammenhang vor

allem das bürgerschaftliche Engagement hervor: „Die Menschen sind hier für einander da. Sie nehmen nicht nur Hilfe in Anspruch, sondern bieten gleichzeitig auch selbst Hilfe an“.

Männer finden laut Sachstandsbericht seltener den Weg in die Büros, rund 70 Prozent sind Frauen. Im zweiten Halbjahr 2015 gab es rund 3300 Beratungen.



Peter Herzog, Sprecher der SPD im Ausschuss für Sport und Freizeit, setzt sich für einen liga-tauglichen Boule-Platz ein.

Boule: Stadt sucht Standort

Boule ist im Kommen. Auch in Bochum. Mit Familie oder Freunden oder auch organisiert im Verein wird Boule gespielt.

„Deshalb wollen wir neben kleinen Anlagen, die es schon gibt, auch eine liga- und turniertaugliche Anlage“, so der sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Peter Herzog. Dafür sind 15 Bahnen nötig mit einer genau vorgegebenen Länge und Breite. Im letzten Ausschuss für Sport und Freizeit wurde die Verwaltung beauftragt, einen geeigneten Standort zu

suchen. „Die neue Anlage wird nicht vereinsgebunden sein, sondern natürlich für jedermann zugänglich“, betont Peter Herzog. Auch an Sitzbänke soll dabei gedacht werden.

Boule-Regeln sind einfach, der Ausrüstungsbedarf ist gering und das Alter spielt keine Rolle. „Das macht diesen Sport so beliebt und das wollen wir fördern. An der 2011 eingeweihten und seither stark frequentierten Anlage am Springerplatz ist zu sehen, dass wir mit unserem Vorstoß richtig liegen“, so Herzog.

Zuschüsse für Migranten-Vereine

Auf Antrag von SPD und Grünen hatte der Haupt- und Finanzausschuss das Budget zur Förderung von Vereinen und Initiativen im Bereich der Migrations- und Integrationsarbeit auf 30.000 Euro verdoppelt.

Der Integrationsrat hat jetzt über die Anträge der

Vereine nach bestimmten Auswahlkriterien entschieden. Zehn Vereine und Initiativen erhalten demnach 20.000 Euro für konkrete Projekte. Die restlichen 10.000 Euro fließen in die Grundfinanzierung von zehn Vereinen. Darauf weist Integrationsrats-Mitglied Rainer Schug hin.

Integration: Neue Konzepte

Für eine Aktualisierung des Integrationskonzeptes in Bochum setzt sich die SPD ein. Das im August 2009 vom Rat verabschiedete Integrationskonzept bedarf dringend einer Überarbeitung, da es vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in NRW aufgestellt wurde, so Susanne Mantesberg-Wieschemann, Sprecherin der SPD im Integrationsrat.

als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Neben relevanten Beschlusslagen, die seit der Veröffentlichung des Integrationskonzeptes eingetreten sind, soll die Ergänzung von Handlungsfeldern, die auf die spezielle Problematik der Integration von Flüchtlingen gerichtet sind, in das Konzept mit aufgenommen werden, heißt es in dem Antrag.

Darüber hinaus sollen die Texte lesbarer und verständlicher werden. Mit der Überarbeitung des Integrationskonzeptes gelte es, Diversität in Bochum aktiv zu gestalten.

Es berücksichtigt nur bedingt die vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales vorgegebenen Schwerpunktaufgaben.

Daher hat der Integrationsrat im Mai die Verwaltung damit beauftragt, das Integrationskonzept der Stadt Bochum unter „Wahrung der grundlegenden Aussagen und Erkenntnisse auf einen inhaltlich aktuellen Stand“ zu bringen. Migrationspolitik solle dabei als gesellschaftspolitische Aufgabe und Integration



Die SPD-Mitglieder im Integrationsrat haben sich im Mai in der Synagoge zur Klausur getroffen. Im Bild: Susanne Mantesberg-Wieschemann (li.) und Christina Knappe.



Deborah Steffens kümmert sich im Ausschuss für Beteiligungen und Controlling unter anderem darum, die Ausgaben der Stadt Bochum im Griff zu behalten.

Finanzen: SPD will Lasten fair verteilen

Der Haushalt 2016 und das Haushaltssicherungskonzept wurden durch die Bezirksregierung genehmigt. Jetzt kann mit der Umsetzung der geplanten Investitionen gestartet werden.

„Aber bis zum Ziel, spätestens im Jahr 2022 einen ausgeglichenen Haushalt zu erstellen, ist es noch ein weiter Weg. Und dabei reichen unsere eigenen Konsolidierungsbemühungen nicht aus“, sagt Deborah Steffens, Mitglied im Ausschuss für Beteiligungen und Controlling. Die vom Bund angekündigten Entlastungen müssten auch

wirklich in Bochum ankommen. Das gelte vor allem für die Kosten der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, so Steffens. Die Bundesregierung hatte hier eine „dynamische“ Beteiligung an den Kosten zugesichert.

Bund, Länder und Kommunen müssen ausserdem ihre finanziellen Beziehungen in den nächsten Jahren sowieso neu ordnen, weil der Solidarpakt 2019 ausläuft. Die SPD hat sich deshalb auf einem Konvent Anfang Juni für eine faire, aufgabengerechte Verteilung der Kosten und Lasten ausgesprochen.

twitter.com/spdratbo

KONTAKT / IMPRESSUM

SPD-Ratsfraktion Bochum, Willy-Brandt-Platz 2-4, 44777 Bochum, Geschäftsführer: Matthias Schröder
post@spd-ratsfraktion-bochum.de, www.spd-ratsfraktion-bochum.de, 0234.910 18 10 (Telefon)
0234.910 20 84 (Fax), alle Angaben ohne Gewähr.